

## **Kleinigkeiten aus dem Kulturausschuß (26. 4. 2022)**

(Von E. Noldus.)

Reichlich unspektakulär verlief die letzte Sitzung des Kulturausschusses. Dabei begann die Sitzung recht amüsant. Wir beschränken uns auf die wichtigsten Punkte der Tagesordnung.

### **Arme WAZ: Wir müssen draußen bleiben!**

Manche Dinge geschehen nur, um irgendwelche Eitelkeiten zu befriedigen. Zu Beginn schlug Kulturdezernent Tsalastras vor, die Programmvorstellung der Spielzeit 2022/23 in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben. „Morgen“ werde das Programm des Stadttheaters vorgestellt; der Kulturausschuß soll exklusiv vorab informiert werden. Der WAZ-Mitarbeiter möge entschuldigen, wenn das jetzt so gehandhabt werde. Der Ausschußvorsitzende Flore erklärte, es sei vorgekommen, daß die Öffentlichkeit eher informiert worden sei als der Kulturausschuß. Die Anwesenden erhoben auf Befragen keine Einwände, den TOP 5 in den – neuen – nichtöffentlichen Teil zu verlegen.

Danach fragte Herr Flore „Karin“ (Dubbert; sitzt rechts neben Herrn Noldus) und „Werner“ (Nakot, sitzt rechts schräg hinter Herrn Noldus), ob es zieht und ob man die Türe schließen solle. Beide verneinten. Herr Noldus, der direkt neben der Tür saß, wurde nicht gefragt.

### **2.000 x 1000 Euro Steuern verschwenden.**

Zum Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW 2022 (M/17/1717-01) meldete sich Herr Scherer (SPD) und war begeistert: Es gebe dank dieses Programms 1000 € für Gartenfeste und Nachbarschaftsfeste; das sei ganz gut. Wie werde das beworben?

Herr Gadde (GRÜNE) fragte, warum diese Vorlage im Sozialausschuß nichtöffentlich behandelt und im Kulturausschuß öffentlich?

Frau Dander (Bereich Schangsgleichheit) beschrieb, wo und wie die Vorlage „kommuniziert worden ist“. Es sei für 2021 gewünscht worden, dieses Programm im Sozialausschuß und im Jugendausschuß zu behandeln. Sie selbst habe keinen Einfluß darauf. Die Bewerbung könne man über <https://ehrenamt.de> abgeben.

Frau Wolter (CDU) wies darauf hin, daß die Vorlage im Seniorenbeirat öffentlich verhandelt worden sei. Für 2021 seien 18 Anträge gestellt worden und 12 bewilligt. Die Federführung bei der Mittelvergabe habe das Büro für Chancengleichheit.

Herr Tsalastras bot an, Informationen über das Projekt in die Niederschrift einzubauen. Herr Flore machte weitere Vorschläge, das Projekt bekannter zu machen.

### **Förderungen durch die Hintertür.**

Bei der Besprechung des Verwaltungsberichtes „Umsetzung des Glasfaserausbaus, des ‚Digitalpakt Schule‘ und der Sofortausstattungsprogramme (M/17/1888-01)“ nahm die Debatte nach der Klärung einiger inhaltlicher, mehr technischer Aspekte eine interessante Wendung. Herr Gadde (GRÜNE) bemängelte nämlich, daß die soziokulturellen Zentren beim Ausbau des Glasfasernetzes fehl-

ten. Herr Tsalastras erklärt, es gebe keinen politischen Beschluß, die soziokulturellen Zentren anzuschließen. Es gebe weder einen Beschluß des Verwaltungsvorstandes noch der Politik.

Herr Flore stellte dann zur allgemeinen Zufriedenheit fest, man könne doch sagen, der Kulturausschuß habe vorgebracht, die soziokulturellen Zentren einzubeziehen. Man werde das in eine Vorlage packen und er gehe davon aus, daß das dann auch so durch den Rat gehe.

## **Förderungen für irgendwas.**

Förderanträge scheinen es Herrn Scherer (SPD) besonders angetan zu haben. Regelmäßig hört man von ihm, wie schön diese Anträge seien und wie sehr er sich darauf freue, wenn diese endlich bewilligt würden. Auch die Anträge auf regionale Kulturförderung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) für das Jahr 2023 (M/17/1940-01) erfreuten sich der liebevollen Betrachtung durch den kulturpolitischen Sprecher der SPD. Damit verband er eine Frage nach dem KEK (Kulturentwicklungskonzept): Müsse man unbedingt bis Anfang 2023 damit warten?

Herr Tsalastras erläuterte: Man habe letztes Jahr einen Antrag gestellt zur Besucherbefragung, um eine Grundlage für das KEK zu gewinnen. Der Antrag sei nicht bewilligt worden. Momentan verhandle man mit dem Bereich Statistik und überlegt, wie man einen zweiten Versuch starten könne, eine Befragung durchzuführen (wie man sie finanziert bekommt).

Herr Noldus (AfD) stellt eine Frage zur Tanz-Bewegung Oberhausen: Welche Projekte seien durchgeführt worden und wer finanziere das erwähnte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis.

Herr Tsalastras erklärt, es sei ein Arbeitslosenballett im Rahmen eines Förderprogramms der Bundeskulturstiftung durchgeführt worden. Weitere Projekte nennt er nicht. Für die Finanzierung der Stelle sei das Kunsthaus Mitte selbst verantwortlich. Er könne das aber nicht genau sagen.

## **„Ukrainische Geflüchtete“ oder „Flüchtlinge“?**

Beim nächsten Tagesordnungspunkt „Kostenlose Theaterbesuche für ukrainische Geflüchtete am Theater Oberhausen (B/17/1936-01)“ gab es einen Moment, in dem man feststellte, daß das Theater einen Kosmos für sich darstellt. Verwaltungsdirektorin Beckmann erläuterte, 2015/16 habe es einen vergleichbaren Antrag gegeben. Man möchte nun proaktiv tätig werden und in Flüchtlingsunterkünften das Projekt bekannt machen.

Frau Beckmann nannte „Bad Mothers“ als geeignetes Stück mit wenig Sprache (zudem in Englisch) als „performatives Tanztheater. Das sei ein Angebot speziell für Flüchtlinge, da Theater ansonsten „sehr sprachlastig“ (!) sei.

Herr Flore regte an, einen Umbau vorzunehmen wie bei Operaufführungen. Man sehe „oben“ ein Sprachband laufen mit Übersetzungen, während „unten“ auf Italienisch gesungen werde.

Frau Beckmann wies darauf hin, eine Beschallungsanlage mit zwei Dolmetscherkabinen sei Bestandteil einer millionenschweren Investition.

Frau Gödderz (GRÜNE) war von der Idee begeistert und fragte, ob sich das Angebot auf „alle FGeflüchteten“ bezog. Ja, so Frau Beckmann, das Angebot gelte für alle Flüchtlinge, solange das Kartenkontinent reichte. In diesem Sinne wurde die Vorlage einstimmig vorberaten.

Der Hinweis auf die Vorzüge von „Bad Mothers“ wirkt ungewollt komisch: Die Durchschnittsukrainerin wird weder Englisch noch Deutsch können, so daß nicht zu erkennen ist, warum eine unbekannte Sprache den Vorzug vor einer anderen haben sollte. Wir empfehlen daher finnische Theaterstücke, da die Finnen traditionell sparsam mit Sprache umgehen.

Spontan fiel dem Berichterstatter eine Episode ein, die irgendwann in den späten 1990ern die Runde machte: Helmut Kohl war bei einem EU-Gipfel in Brüssel mit seinem Dolmetscher unterwegs, als ihnen auf dem Bürokorridor der spanische Ministerpräsident Aznar begegnete. Auf Kohls Aufforderung zu übersetzen, antwortete der Dolmetscher: „Ich kann kein Spanisch, nur Französisch.“ Kohl: „Stellen Sie sich nicht so an, es sind doch nur ein paar Worte!“

Zuletzt eine Anmerkung zur Terminologie: Irgendwie wird man den Eindruck nicht los, daß man inzwischen in den politisch hyperkorrekten Kreisen ein allgemeines Unbehagen verspürt, das Wort „Flüchtlinge“ in den Mund zu nehmen. Trotz einer in die Hunderttausende gehende Zahl von geflohenen Ukrainern in Deutschland gibt es keine Berichte über Belästigungen in Schwimmbädern, Kinder mit Bart, doppelte Identitäten, falsche oder keine Papiere, Messerstechereien usw. Die widerliche Verlogenheit der linksgrünen Vorstadtbourgeoisie spricht, fernab von Asylunterkünften – die kulturelle Bereicherung soll doch lieber in Lirich oder hinter Gleisanlagen bleiben – lieber von Geflüchteten oder Kriegsflüchtlingen und distanziert sich von ihrem verlogenen Flüchtlingsbegriff.

## **Das Interessante steht im Kleingedruckten...**

Zuletzt stellte die Verwaltungsdirektorin Beckmann den Zwischenbericht des Theaters Oberhausen (M/17/1934-01) vor. Herr Noldus (AfD) fragte nach einem Eintrag auf Seite 2 unten links des Berichtes: „HSP Maßnahme zu Gunsten Soziokultureller Zentren“ in Höhe von 48.000 €.

Herr Tsalastras erläuterte: Die 48.000 € gehen auf eine Abmachung vor vier oder fünf Jahren zurück. Die soziokulturellen Zentren (SKZ) haben jahrelang den gleichen Etat bekommen. Daher wurden dem Theater-Etat 48.000 € entnommen. Das sei sehr solidarisch gewesen, „ein großartiger Akt der Solidarität“. Wenn sich eine Kommune in der Haushaltssicherung befindet, gibt es die Vorgabe der Bezirksregierung, daß „freie Mittel“ nur durch „freie Mittel“ ausgeglichen werden dürfen.

Auf Nachfrage des Herrn Noldus erklärt Herr Tsalastras, dieser Posten habe nichts mit den 30.000 € zu tun, die die soziokulturellen Zentren ab 2017 mehr bekommen, weil KiTeV vom Land als soziokulturelles Zentrum anerkannt worden sei und in die Bundes – oder Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren aufgenommen worden sei.

## **Theater-Spielzeit 2022/23.**

In ihrem mündlicher Bericht im nichtöffentlichen Teil verbreitete sich die Intendantin des Stadttheaters endlos in unnachahmlicher Weise über das neue Programm der Spielzeit 2022/23. Dazu ist inzwischen ein Zeitungsartikel erschienen, so daß diese Dinge formal „öffentlich“ geworden sind. Das Spielzeitheft wurde verteilt; dessen Logo finden wir besonders gelungen.

Oberhausen ist eine Stadt mit Herz. Die Farbe Rot steht nicht nur für die Liebe, sondern sie ist auch eine politische Farbe: sozialdemokratisch, sozialistisch, mit einem Wort: fortschrittlich. Besonders reizvoll ist der Sowjetstern in der Mitte.